

Computer checkt Coronapolitik

Forscher der Uni Bielefeld haben ein Rechenmodell entwickelt, das die Wirkung von Maßnahmen auf Infektionen und Wirtschaft errechnet. Sie finden erste Fehler der Politik.

Martin Krause

■ **Bielefeld.** Die Bekämpfung der Coronakrise ist für die Politik eine Gratwanderung: Bei allzu harten Einschränkungen droht ein heftiger wirtschaftlicher Einbruch. Auf der anderen Seite lauert die Gefahr, dass halbherzige Maßnahmen in eine katastrophale Erhöhung der Corona-Infektionen und Sterbezahlen münden. Der Bielefelder Wirtschaftswissenschaftler Herbert Dawid, Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie und Computational Economics an der Uni Bielefeld, hat mit seinem Team nun ein Computermodell entwickelt, mit dem die Auswirkungen von Eindämmungsmaßnahmen auf die Coronapandemie einerseits und die Wirtschaft andererseits errechnet werden können – und auch die Wechselwirkungen beider Bereiche werden erfasst. Eines der wichtigsten Ergebnisse: Für die Entscheidung über einen Lockdown sei der von der Politik festgelegte Grenzwert von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner innerhalb einer Woche zu hoch, ergab die Computersimulation. „Ein solch hoher Schwellenwert birgt die Gefahr einer erhöhten Mortalität, ohne dass die wirtschaftliche Kosten nennenswert reduziert werden“, warnt Dawid.

Der genannte Schwellenwert dient der Politik als Indikator, ob ein neuer Lockdown inklusive der Beschränkung wirtschaftlicher Aktivitäten – wie jüngst vorübergehend im Kreis Gütersloh geschehen – nötig ist. „Besser wäre ein niedrigerer Grenzwert von fünf bis zehn Neuinfektionen“, sagt Dawid mit Blick auf das Computermodell. Denn: Bei höheren Schwellenwerten komme die Politik früher oder später ohnehin nicht um die zumindest teilweise Schließung von Geschäften und Gaststätten herum. Demnach müssten viele europäische Länder – von Spanien und Belgien bis zu fast allen Balkanländern zwischen Kroatien und Bulgarien – wieder



Die Coronakrise wird zum Wechselbad der Gefühle: Die medizinischen Folgen von Lockerungen müssen mit den wirtschaftlichen Folgen harter Einschränkungen abgewogen werden.

FOTOS: DPA

kaum Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung“), wie lange der Lockdown anhält und wie zügig am Ende die Öffnung von Geschäften, Gaststätten oder Freizeiteinrichtungen über die Bühne geht.

Eine positive Wirkung auf die Wirtschaft hätten gemessen

an Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosigkeit die wirtschaftlichen Hilfen wie Kurzarbeitgeld und Transferzahlungen an Unternehmen. Die Staatsverschuldung steige trotz der kurzfristigen Kosten langfristig kaum, weil der Einbruch der Wirtschaft um die

Halfte gedämpft und spätere Pleiten und Steuerausfälle vermieden werden.

Zu den Zielen der Simulation gehöre es, dass die Zahl der Infizierten nicht über einen Wert steigt, bei dem die vorhandene Zahl an Intensivbetten nicht mehr ausreicht. In Deutschland mit seinen gut 30.000 Intensivbetten sei dieser Schwellenwert allerdings erst bei etwa zwei Millionen Infizierten erreicht – unter der Annahme, dass nur 1,5 Prozent der tatsächlich Infizierten

Hohe Dunkelziffer

◆ Die Wissenschaftler der Uni Bielefeld haben ihre Computer mit Daten aus

ler infizierten Patienten unter 65 Jahren aus und von 2,4 Prozent über 65.

tien und Bulgarien – wieder einen Lockdown einführen.

Spielraum habe die Politik beim Ausmaß ihrer Maßnahmen, also etwa, wie schnell ein Lockdown verhängt wird, wie intensiv dabei in das Wirtschaftsleben eingegriffen wird („Arbeit im Home-Office hat

Computer mit Daten aus dem bisherigen Verlauf der Corona-Pandemie in Deutschland gefüttert, um bestimmte Annahmen treffen zu können. So gehen sie bei ihren Berechnungen von einer Sterblichkeit von 0,1 Prozent al-

von 2,4 Prozent über 65. Die Dunkelziffer wird mit 85 Prozent angenommen. Ohne jegliche Maßnahmen drohe nach 18 Monaten der Tod von 1,5 Prozent der Bevölkerung – das wären fast 1,25 Millionen Todesopfer bundesweit.

zent der tatsächlich Infizierten (inklusive aller symptomlosen und oft unerkannten Fälle) ein Intensivbett benötigen. Und: Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass nach einem Jahr der Pandemie im Frühjahr 2021 ein Impfstoff gefunden sein wird.